Rede des Landrats zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans 2024 im
Kreistag des Bodenseekreises am 15. November 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Die Einbringung eines Haushaltsplanes bietet die wunderbare Möglichkeit, in die Zukunft zu blicken und Vorhaben zu skizzieren. Denn ein Plan soll in eine vollkommen ungewisse Zukunft ein System und eine Ordnung bringen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsplan 2024 stellt uns leider wieder mehr vor große Herausforderungen, als dass er große Chancen bietet.

Unsere Vorhaben und Überlegungen sind natürlich in die aktuelle Großwetterlage eingebettet. Da Sie alle die Herausforderungen, Krisen und Risiken unserer Zeit kennen, will ich mich nur auf drei Punkte beschränken.

Seit mittlerweile Jahrzehnten kennen wir die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir wussten, dass wir in eine Phase kommen, in der uns immer weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und wir überproportional viele ältere Menschen versorgen müssen. Von 2019 auf 2021 stieg die Anzahl pflegebedürftiger Menschen zum Beispiel allein bei uns im Bodenseekreis um 1.153 auf über 9.600 Personen. Ich spare mir jetzt jede Kritik an den politischen Entscheidungen, die diese Tatsache bei vielen neuen Vorgaben schlicht ignoriert hat. Aber spätestens wir hier vor Ort müssen uns zwingend die Frage stellen, wer die von uns gewünschten Aufgaben denn eigentlich erledigen soll. Ganz konkret müssen wir unsere Mannschaft im Landratsamt bei unseren Entscheidungen im Blick haben und deshalb zusätzliche Aufgaben und Wünsche auch immer personell unterfüttern.

Seit Jahren nehmen die Gesetzesreformen des Bundes mit Auswirkungen auf unseren Haushalt zu. Teilweise führen diese zu einem enormen finanziellen und auch personellen Vollzugsaufwand. In vielen Fällen bleiben wir dabei auf Kosten sitzen – vom zusätzlichen Personalbedarf mal abgesehen. Die Umsetzung des BTHG (Bundesteilhabegesetz), die Reform des Betreuungsrechts oder die Einführung des SGB XIV zur Neuregelung des Rechts der sozialen Entschädigung will ich exemplarisch nennen. Hier ist es von zentraler Bedeutung, dass die politischen Ebenen im engen Austausch stehen, denn so kann es schlicht nicht weitergehen.

Meine Damen und Herren,

es sind furchtbare Kriege und schreckliche Nöte, die viele Menschen zu uns flüchten lassen. Auch wenn klar ist, dass das individuelle Grundrecht auf Asyl niemals in Frage gestellt werden darf, so muss auch klar sein, dass Menschen, die keine Berechtigung auf einen Aufenthalt in unserem Land haben, unverzüglich wieder ausreisen müssen. Stattdessen werden unzählige Menschen auf die Kreise – und damit auf die Städte und Gemeinden – verteilt, statt sie in LEAs unterzubringen und dort eine Entscheidung abzuwarten.

Die Gesamtzahl der zugewiesenen Asylbewerber in den Bodenseekreis ist allein von 2021 auf 2022 um 43 Prozent gestiegen. Dieser massive Zustrom in den Bodenseekreis stellt die Verwaltungen des Kreises und der Städte und Gemeinden vor enorme Herausforderungen bei der Unterbringung und Versorgung. Im Asylrecht werden zumindest die Transferaufwendungen und Unterbringung bis zu einem gewissen Teil refinanziert. Allerdings ist die Planung unsicher und langfristige Folgen nicht absehbar. Die notwendige Verdichtung in der vorläufigen Unterbringung führt zu Sicherheitsfragen und hat enorme Auswirkungen auf die betreuenden Systeme. Ebenso zeigen sich zunehmend Herausforderungen in der medizinischen Versorgung. Besonders hervorzuheben ist die Verdopplung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer innerhalb von 9 Monaten. Hier muss der Landkreis in Vorleistung gehen und die Versorgung bzw. Unterbringung erfolgt nach dem erhöhten Maßstab des Jugendhilferechtes.

Die finanzielle Belastung für unseren Kreishauhalt ist die eine Seite dieser Krise. Die andere Seite ist die enorme zeitliche und seelische Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich über die Maße engagieren und um gute und verträgliche Lösungen ringen. Dies in enger Abstimmung mit unseren Städten und Gemeinden – deshalb auch hier mein / unser großer Dank an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter in den Bodenseekreisgemeinden und -städten.

Wir rechnen aktuell mit einem monatlichen Zuzug von rund 150 Flüchtlingen in unseren Kreis. Daher will ich es hier auch klar aussprechen: Wir werden im Bodenseekreis im Jahr 2024 an den Punkt kommen, an dem wir keine Plätze mehr für Flüchtlinge zur Verfügung haben.

Deshalb auch heute mein dringender Appell an Bund und Land, die Zuwanderung konsequent zu begrenzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

- Die nicht kostendeckende Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen
- Die erhöhten Kosten der Flüchtlingsunterbringung
- Die deutlichen steigenden Zuschüsse beim ÖPNV
- Die steigenden Personalkosten, vor allem aufgrund des Tarifabschlusses
- Die erhöhten Energiekosten
- Die Auswirkungen der hohen Inflation

führen dazu, dass wir auch 2024 einen Haushalt mit einem negativen Gesamtergebnis vorlegen müssen. Das ist insofern bedenklich, da die Einnahmenseite an sich erfreulich ist und wir mit Rekorderlösen rechnen können. Dennoch schaffen wir es nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, da uns die Kosten davonrennen. Dies sieht ab 2025 noch düsterer aus.

Wir werden also nicht umhinkommen, die Ausgabenseite sehr genau unter die Lupe zu nehmen. Wir werden zudem neue Ausgabewünsche sehr kritisch betrachten müssen. Und wir müssen uns mit unseren politisch gesetzten Prioritäten beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vorgestern wurden zwei aufschlussreiche Pressemitteilungen veröffentlicht. Zum einen hat das Statistische Bundesamt die aktuellen Zahlen zu den Schulanfängern veröffentlicht. Dabei zeigt sich ein kontinuierlicher Anstieg der Einschulungen bundesweit. Die Zahlen liegen aktuell auf dem Niveau von vor 20 Jahren und werden mit höheren Geburtenraten und natürlich auch der erhöhten Zuwanderung begründet.

Zeitgleich hat unser Statistisches Landesamt eine Pressemitteilung zum Ausbildungsstand junger Erwachsener veröffentlicht. Im Jahr 2022 waren von den gut 2,1 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Alter von 20 bis unter 35 Jahren in Baden-Württemberg 379 000 ungelernt. Das entsprach einem Anteil von satten 17,7 %. Diese Personen befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung nicht in Ausbildung und hatten auch keine berufliche oder akademische Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Unter den Ungelernten im Alter von 20 bis unter 35 Jahren hatten 199 000 eigene Migrationserfahrung (Zugewanderte). In dieser Gruppe war der Anteil der Personen ohne abgeschlossene berufliche oder akademische Ausbildung mit 38,2 % besonders hoch.

Diese beiden Erkenntnisse legen für mich einen ganz wesentlichen Schwerpunkt der politischen Agenda fest. Nämlich die Fokussierung auf die Ausbildung und Begleitung unserer Kinder und Jugendlichen. Die Kinder, die heute eingeschult werden, haben die Chance, in rund 10 Jahren einen qualifizierten Abschluss anzustreben. Durch hochwertige Arbeit schaffen sie für sich – und damit auch für unsere Gesellschaft – eine gute Perspektive. Das ist ein Ziel, das uns viel Geld und Mühe wert sein sollte. Übrigens, auch bei den jungen Menschen in unserem Land zwischen 20 und unter 35 Jahren ohne jeglichen Migrationshintergrund waren 113.000 ungelernnt, immerhin 9,0 Prozent dieser Gruppe. Diese Zahlen sind alarmierend und wir müssen alles daransetzen, diese Zahlen zu reduzieren.

Damit will ich kurz auf unseren Stellenplan verweisen.

Leider befinden wir uns nach wie vor voll in der Flüchtlingskrise und ein Ende ist derzeit nicht absehbar. Die Zahl der Flüchtlinge steigt bekanntlich monatlich und damit auch die Aufgaben unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere im Sozialdezernat. Daher kommen wir nicht umhin, auch für den Haushaltsplan 2024 zusätzliche Stellen im Entwurf vorzuschlagen.

Beim effektiven Stellenzuwachs bleiben wir in der Entwurfsplanung für 2024 knapp unter 25 Stellen. Die Anforderungen und Bedarfe aus den Fachämtern und Dezernaten waren zwar deutlich höher, aber wir mussten hier mit Blick auf die Haushaltssituation des Landkreises konsequent sein. Wichtig ist mir und uns, dass wir eine halbe Stelle im Bereich der Schulsozialarbeit schaffen wollen. Damit dokumentieren wir neben der Herkulesaufgabe der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten auch, dass wir die Betreuung unserer Schülerinnen und Schüler ernst nehmen.

Und damit komme ich noch zu unseren Investitionen. Auch wenn die finanziellen Zeiten äußerst angespannt sind, wir investieren in unsere Zukunft.

Dazu gehören in allererster Linie unsere Berufsschulen. Wir wollen 1,6 Millionen Euro in die Sanierung der Werkstattgebäude in Friedrichshafen und 1,4 Millionen Euro in die Laboreinrichtung der Elektronikschule in Tettnang investieren. Mit 350.000 Euro soll die Lehrküche der HOGA in Tettnang saniert werden, weitere 1,2 Millionen Euro fließen in die Ausstattung unserer Kreisschulen. Also insgesamt 4,5 Millionen Euro investieren wir in unsere Berufsschulen.

Aber auch eine verbesserte Mobilität, vor allem der Radwegebau ist uns im kommenden Jahr rund 4,2 Millionen Euro wert. Der Ausbau des Radwegenetzes genießt dabei Vorrang, denn eine zukunftsfähige Mobilität braucht vernünftige Radwege.

Sehr wichtig ist uns aber auch die überörtliche Mobilität und damit das Projekt Bodenseegürtelbahn. Wir haben auch dieses Jahr einen Betrag in unseren Haushalt eingestellt und werden weiterhin in Stuttgart und Berlin dafür kämpfen, dass dieses wichtige Projekt endlich vorankommt. Die kommunale Seite am Bodensee steht bereit! Dann sollten es unsere grün geführte Landesregierung, unser grün geleitetes Verkehrsministerium und unser grün geführtes Finanzministerium gemeinsam auch endlich anpacken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben uns verwaltungsintern sehr intensiv mit diesem Haushaltsplan beschäftigt. Unser Ziel war es, Ihnen einen realistischen Plan vorzulegen. Die internen Diskussionen und Abstimmungen waren durchweg konstruktiv und immer im Blick auf die politischen Ziele des Kreistages ausgerichtet. Ob es um die Umsetzung der Vision 2024, der Einrichtung der Klimaschutzstellen, des anstehenden Wandels in der Energiewirtschaft oder um die Investitionen in den verschiedenen Bereichen ging. Zudem wurde der Stellenplan auf das geringst mögliche Maß zurechtgestutzt, so dass der Stellenplan nur die Stellen neu umfasst, die unumgänglich sind.

Auch im Hinblick auf die großen Belastungen unserer Städte und Gemeinden haben wir lediglich eine Erhöhung der Kreisumlage um einen Punkt vorgesehen. So legen wir Ihnen diesen Plan heute vor – mit Sorge im Blick auf die Belastungen der kommenden Jahre, aber auch mit dem uns antreibenden Optimismus, dass wir gemeinsam die Aufgaben erfolgreich bewältigen werden.

Ich bedanke mich sehr bei Ihnen, lieber Herr Hermanns und lieber Herr Dillmann und unserem ganzen Team in der Kämmerei und dem Finanzdezernat, sowie allen weiteren Kolleginnen und Kollegen, die an diesem sehr umfangreichen Werk beteiligt waren.

Ich bedanke mich bei unseren Dezernenten Frau Schuster und Herr Wetzel für Ihre sehr konstruktive Mitarbeit an der Erstellung des Haushaltsplans.

Einen besonderen Dank an unseren ELB Herrn Keckeisen mit seinem Team für die konstruktive Begleitung des gesamten Prozesses und der schwierigen Aufgabe, einen abgestimmten Stellenplan zu erarbeiten.

Bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Kreisräte, bedanke ich mich für Ihre Anregungen und Ideen im Vorfeld der Erstellung. Ich freue mich auf einen regen Austausch sowie auf möglichst wenig Änderungswünsche.

Damit übergebe ich das Wort an unseren Finanzdezernenten, Herrn Hermanns.

Herzlichen Dank!